

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Geleitwort	9
Abkürzungsverzeichnis	15
Literaturverzeichnis	23
A. Arbeitswissenschaftliche Grundlagen	27
B. Beispiele der Ressourcen und Probleme in einigen Bundesländern ..	33
I. Baden-Württemberg	33
II. Hessen	37
III. Niedersachsen	40
IV. Nordrhein-Westfalen	43
C. Arbeitsschutzrechtliche Anforderungen an die Organisation des Arbeits- und Gesundheitsschutzes	48
I. Wachsende Bedeutung des Organisationsrechts für den Arbeitsschutz	48
II. Organisationsstrukturen	53
1. Unterstützende und beratende (Experten-)Organisation nach dem Arbeitssicherheitsgesetz	53
a) Fachkräfte für Arbeitssicherheit und BetriebsärztInnen	54
b) Betriebspрактиche Unterstützungsorganisation: Sicherheitsbeauftragte nach § 22 SGB VII	58
2. Sicherheitsinformation, -kommunikation und -kooperation: Vor allem der Arbeitsschutzausschuss	60
3. Organisationspflichten nach § 3 Abs. 2 ArbSchG	62
III. Arbeitsschutz als Prozess – Die Verfahren und Instrumente des Arbeitsschutzrechts	65
1. Grundlagen	65
2. Die Gefährdungsbeurteilung als Basis für eine Arbeitsschutz- politik, die an den realen Sicherheits- und Gesundheits- problemen anknüpft	67

a) Funktion und gesetzliche Anforderungen an die Gefährdungsbeurteilung	68
b) Gefährdungsbeurteilung im Schulbereich	70
3. Maßnahmen auf Grundlage der Gefährdungsbeurteilung planen und treffen (§ 3 Abs. 1 ArbSchG)	73
4. Durchführung der Maßnahmen (§ 3 Abs. 2 ArbSchG)	74
5. Wirksamkeitsüberprüfung und Anpassungsmaßnahmen (§ 3 Abs. 1 ArbSchG)	75
6. Arbeitsschutzrecht und Arbeitsschutzmanagement	77
IV. Gesundheitsförderung und Gesundheitsmanagement	78
D. Grundsätzliche Hemmnisse für die Rechtsdurchsetzung im Bereich der öffentlichen Schulen	81
I. Arbeits- und Gesundheitsschutz in Zeiten knapper Kassen: Der Haushaltsvorbehalt	81
1. Einheitlichkeit des Arbeitsschutzrechts – Anwendbarkeit auch im Öffentlichen Dienst	82
2. Arbeitsschutzrechtliche Pflicht des Arbeitgebers, die erforderlichen Mittel für den Arbeits- und Gesundheitsschutz bereitzustellen	82
3. Konfliktlage zwischen der Pflicht, die erforderlichen Mittel für den Arbeitsschutz bereitzustellen und dem Haushaltrecht?	83
II. Probleme der Rechtsdurchsetzung durch die Zuständigkeits- teilung von Schulhoheitsträgern und Schulträgern	85
1. Beispiele arbeitsteiliger Erfüllung von Arbeitsschutzwpflichten	86
2. Primäre Arbeitsschutzverantwortung des Arbeitgebers/Dienstherrn	87
3. Modifizierung der Arbeitsschutzverantwortung durch das Schulorganisationsrecht?	88
E. Beteiligung und Mitbestimmung der Interessenvertretungen im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz	91
I. Beteiligung im Arbeits- und Gesundheitsschutz – Funktionen und unionsrechtlicher Hintergrund	91
II. Erlangen von Informationsmacht	94
1. Allgemeiner Informationsanspruch	94
2. Spezielle Informationsrechte für den Arbeits- und Gesundheitsschutz	95
a) Verdeutlichung der allgemeinen Informationsrechte durch § 81 BPersVG	96
b) Unmittelbare Information durch Teilnahmerechte	96

3. Sonderprobleme im Schulbereich, vor allem bei Begehungungen und Besichtigungen	97
4. Differenzierungen zwischen den Beteiligungsrechten in den Bundesländern	100
III. Mitbestimmungsrechte	101
1. Überblick	101
2. Verfassungsrechtliche Grenzen?	102
3. Sachmaßnahmen	104
4. Prozesse und Verfahren	106
5. Organisatorische Aspekte	109
6. Bedeutung spezieller Mitbestimmungsrechte über die Bestellung und Abberufung von Funktionsträgern des Arbeits- und Gesundheitsschutzes	110
F. Exemplarische aktuelle Handlungsfelder	113
I. Mängel in der Arbeitsorganisation/der Arbeitszeit/bei psychischen Belastungen	113
II. Aufbau der Arbeitsschutzorganisation	117
1. Die Strukturen der Fachkräfte für Arbeitssicherheit und BetriebsärztInnen klären, diese bestellen und deren Aufgaben regeln	118
2. Sicherheitsbeauftragte bestellen	122
3. Arbeitsschutzausschüsse: Foren der Kommunikation und Kooperation	123
III. Gefährdungsbeurteilung	125
IV. Lärm in der Schule	126
V. Mängel der »Arbeitsstätte Schule«	128
VI. Gefahrstoffe/Immissionen im Gebäude	130
VII. Gewalt an der Schule	131
G. Zusammenfassung	134